

Hans Diefenbacher

Wege aus der Wachstumsgesellschaft – Die Bedeutung einer Veränderung der Rolle von Wachstum und Arbeit in einer Postwachstumsgesellschaft

Anknüpfungspunkte

Der folgende Beitrag baut auf Überlegungen auf, die in einem Band vorgestellt wurden, der die Beiträge zu einer Tagung in der Europäischen Akademie Otzenhausen im Frühjahr 2010 zu Perspektiven nachhaltiger Entwicklung versammelt (Diefenbacher 2011). Diese Tagung stand unter der Fragestellung »Wie sieht die Welt im Jahr 2050 aus« – und nach einer kritischen Einschätzung der Prognosemöglichkeiten beziehungsweise -unmöglichkeiten, die die Ökonomie als wissenschaftliche Disziplin bietet, sowie einer Positionsbestimmung zum Begriff der Nachhaltigkeit wurde im genannten Beitrag versucht, Arbeit im Beziehungssystem einer gemeinwesenorientierten Ökonomie zu beschreiben. Arbeit, so die zentrale These des Textes, findet ihr zentrales Gegenüber in lokalen, gemeinwesenorientierten Formen des Wirtschaftens (ebd.: 158). Eine solche Wirtschaftsform gründet sich im eigenen oder gemeinschaftlichen Besitz der Produktionsmittel, vor allem aber auch auf einer starken Orientierung auf Ressourcen und die Bedürfnisse der jeweils eigenen Region (vgl. Diefenbacher / Douthwaite 1998; Diefenbacher 2012). Die Vision einer lokalen, gemeinwesenorientierten Ökonomie ist weder technikfeindlich noch am Prinzip der Autarkie ausgerichtet, würde aber beide für das Arbeitsleben essentielle Bereiche in anderen Entscheidungsstrukturen gestalten: Der Ein-

satz von Technik muss sich an einem »menschlichen Maß« (vgl. Schummacher 1977; Georgescu-Roegen 1993) orientieren, und der Handel mit anderen Regionen sollte nicht zur Herausbildung von bedrohlichen Abhängigkeitsstrukturen führen (Amin 1976). Der Beitrag zur Tagung 2010 schließt mit einem Ausblick auf die Rolle von Produzenten und Konsumenten, die sich in einem solchen Szenario für das Jahr 2050 verändern würden, mit Überlegungen zur Einführung einer Grundsicherung, auf deren Grundlage sich Menschen in anderer Weise für oder gegen die Aufnahme einer bezahlten Arbeitsfähigkeit entscheiden könnten, und schließlich mit einem Appell zur Veränderung des zentralen Index zur Messung der Wirtschaftsleistung in unserer Gesellschaft, des Bruttoinlandsprodukts (BIP), in das nahezu ausschließlich die über den Markt vermittelte Wertschöpfung – und damit keinerlei ehrenamtliche Tätigkeiten, Nachbarschaftshilfe, Hausarbeit oder Eigenarbeit – hineingerechnet werden (vgl. Diefenbacher 2011: 174).

Genau an dieser Frage knüpft nun der vorliegende Beitrag an. Wenn ein Weg aus der Wachstumsgesellschaft beschritten werden soll, dann muss zunächst einmal ganz grundsätzlich gefragt werden, woraus dieser Weg hinausführen soll, mit anderen Worten, welche Merkmale der Wachstumsgesellschaft bei dem Weg in eine nachhaltige, zukunftsfähige Gesellschaft zurückgelassen werden sollten. Im ersten Teil des Beitrages wird versucht zu zeigen, dass hier ein fundamentales Problem der Wahrnehmung dessen liegt, was in der Gesellschaft als »Fortschritt« verstanden werden kann. Im zweiten Teil des Beitrages werden dann Thesen vorgestellt, die eine Veränderung dieses Verständnisses in einer Gesellschaft »nach dem Wachstum« für die gesellschaftliche Arbeit und damit für den Arbeitsmarkt zur Diskussion stellen.

Bereiche in anderen Entscheidungsstrukturen gestalten: Der Ein-

Wachstum – der traditionelle Begriff

»Wachsen heißt das Zauberwort« – so lautete eine unschlagbare Überschrift eines Zeitungsartikels am Jahresanfang 2012 zu einem der zahllosen Euro-Gipfel (Drewes 2012). Die Euro-Zone solle nicht »kaputt gespart« werden, sondern sie solle »auf Wachstumskurs schalten«, Geld soll »für Wachstum investiert« werden. Nur: Was soll eigentlich wachsen? Mit dem Begriff des Wachstums ist ja zunächst nur einmal gesagt, dass *irgendeine* Größe sich so entwickeln soll, dass, mathematisch gesagt, die erste Ableitung der Kurve größer als null ist, der Wert eines bestimmten Jahres also größer ist als der Vorjahreswert. In der alltäglichen Diskussion in Politik, Medien und Öffentlichkeit ist diese Aussage jedoch hart an der Spitzfindigkeit – denn hier ist in der Regel vollkommen klar, was gemeint ist: Unter Wachstum wird die Wachstumsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts eines bestimmten Jahres zum Vorjahr verstanden; in der Regel wird das noch nicht einmal auf die Größe der Bevölkerung bezogen – für diesen Wert müsste man das jeweilige BIP erst noch um die Veränderung der Bevölkerungszahl korrigieren. Abbildung 12 zeigt die Entwicklung des BIP-Wachstums in einer langen Zeitreihe von 1950 bis 2011 mit den jeweiligen Zehnjahres-Durchschnittswerten.

Auf den ersten Blick ist erkennbar, dass das durchschnittliche Wachstum des BIP über die Jahrzehnte kontinuierlich abnimmt. Mathematisch gesehen ist dies zunächst auch nicht verwunderlich, denn wenn der Ausgangsbetrag, von dem aus eine bestimmte Wachstumsrate erzielt werden soll, stetig steigt, dann wird der *nominale* Zuwachs, der für eine bestimmte Rate erforderlich ist, natürlich immer größer. Dieser Zusammenhang zwischen Wachstumsraten und preisbereinigten Beträgen des Bruttoinlandsprodukts wird in Abbildung 13 sehr deutlich, die das BIP-Wachstum in Raten (Linie) und die preisbereinigte Höhe des BIP (Balken) zwischen 1952 und 2008 gegenüberstellt:

Wirtschaftswachstum
Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt, verkettet¹⁾
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

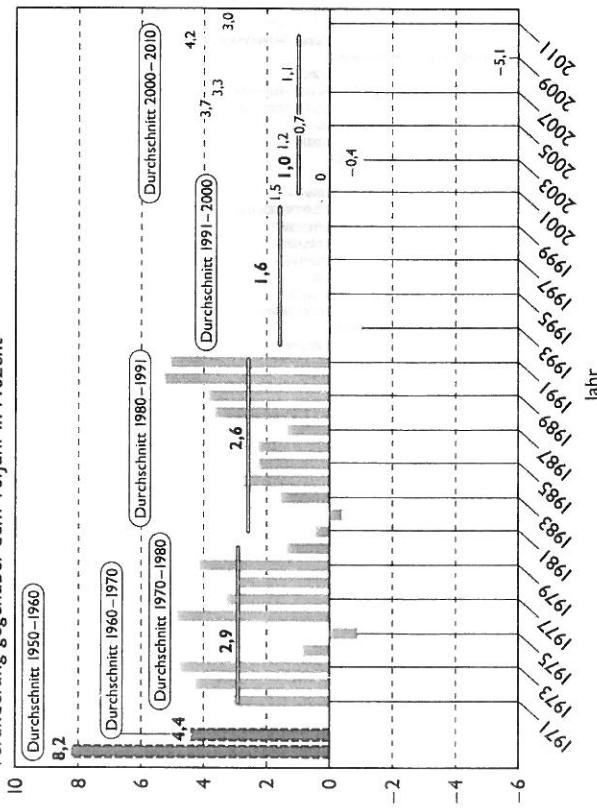


Abb. 12: Bruttoinlandsprodukt: Lange Reihen ab 1950¹ (Quelle: Statistisches Bundesamt 2012). Die Ergebnisse von 1950 bis 1970 (Früheres Bundesgebiet) sind wegen konzeptioneller und definitorischer Unterschiede nicht voll mit den Ergebnissen von 1970 bis 1991 (Früheres Bundesgebiet) und den Angaben ab 1991 (Deutschland) vergleichbar. Die preisbereinigten Ergebnisse sowie die Angaben ab 1991 (Deutschland) werden in Preisen des jeweiligen Vorjahrs als Kettenindex nachgewiesen. Bei der VGR-Revision 2011 wurden zudem nur die Ergebnisse für Deutschland bis 1991 zurückgerechnet; Angaben vor 1991 sind unverändert geblieben.

In Abbildung 13 wird sichtbar, wie kontinuierlich hohe Wachstumsraten zu einem quasi exponentiellen Wachstum des betrachteten BIP führen – eine Konstellation, die keinesfalls über Generationen hinweg bestehen kann.

¹ <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VGR/Inlandsprodukt/Inlandsprodukt.html>

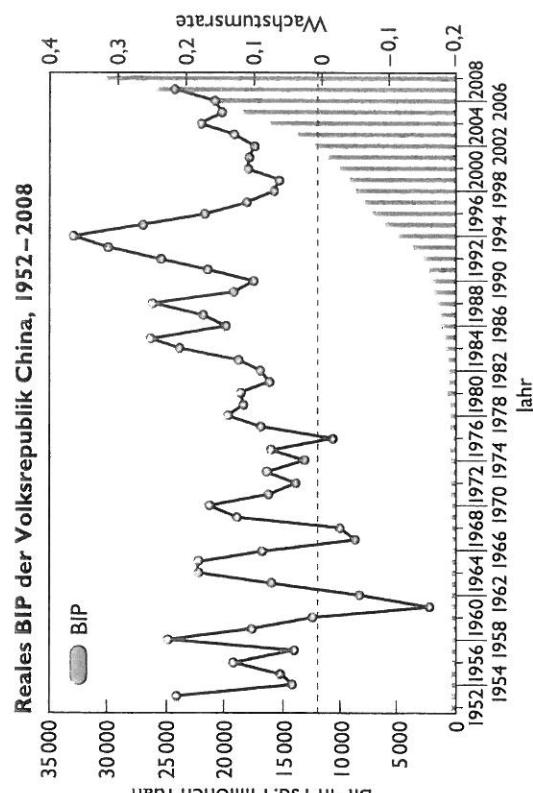


Abb. 13 Eigene Berechnung (Quelle: National Bureau of Statistics of China)

rationen fortgesetzt werden kann, zieht man die Tatsache mit in Betracht, dass BIP-Wachstum auch an natürliche Ressourcen gebunden ist, selbst wenn die Ressourcenproduktivität gesteigert werden kann. Die entwickelten Länder haben den »Umschlagpunkt« ihrer Wachstumsentwicklung von einem stark steigenden zu einem moderaten Anstieg bereits hinter sich: Dennoch kann eine Fortsetzung des Wachstumspfades auch hier, eben aufgrund des bereits erreichten hohen Niveaus, zu gravierenden ökologischen Problemen führen.

Um diesen Zusammenhang zu verdeutlichen, ist als sehr einängige, wenn auch mit einigen Berechnungsproblemen behaftete Maßzahl der »ökologische Fußabdruck« entwickelt worden (vgl. Global Footprint Network 2012).² Mit dieser Kennziffer

kann unmittelbar sichtbar gemacht werden, welche Länder der Erde aufgrund ihrer ökonomischen Aktivitäten und der Beanspruchung von Ressourcen durch ihre Bevölkerung über ihrer Biokapazität leben (Abbildung 14).

Der Vergleich der Biokapazität und des ökologischen Fußabdrucks ist besonders aufschlussreich, wenn er, wie in Abbildung 15, für unterschiedliche Ländertypen gegenübergestellt wird. Die »globalen Hektar« sind die Recheneinheit, mit der die Verbräuche und das Produktionspotential der Länder ineinander überführt werden können; zurzeit liegt der globale Fußabdruck etwa bei dem 1,5fachen der globalen Biokapazität. Im Ländervergleich wird zunächst der große Unterschied der in den einzelnen Ländern zur Verfügung stehenden Biokapazität deutlich: Diese liegt, pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, zum Beispiel in Botswana um das Vierfache über der Biokapazität Chinas, und auch die Biokapazität Deutschlands liegt noch um fast das Doppelte über dem Wert von China. Ein ganz anderes Bild ergibt sich dann aber im Vergleich der jeweiligen Biokapazität mit der Entwicklung des ökologischen Fußabdrucks.

Hier ist die Differenz in Deutschland besonders groß, und auf erschreckende Weise wird deutlich, dass alle die Anstrengungen der Umweltpolitik und die Steigerung der Ressourceneffizienz die Lücke zwischen ökologischem Fußabdruck und Biokapazität nicht wesentlich geschlossen haben. Soll die Lücke geschlossen werden, müsste sich die Gesellschaft sehr stark ändern.

Andere Erkenntnisse der Vergleichsberechnungen der Entwicklung von ökologischem Fußabdruck und Biokapazität sind nicht weniger alarmierend. So hat sich in Botswana die Biokapazität dramatisch verschlechtert, ohne dass sich dies in den materiellen Lebensbedingungen der Bevölkerung niedergeschlagen hätte. Die Entwicklung in China dagegen lässt den Fußabdruck etwa 1970 über die Biokapazität steigen, wobei sich die Schere in den letzten Jahren mit zunehmender Geschwindigkeit öffnet. Afghanistan schließlich zeigt das bedrückende Bild der Kriegs-

² Problematisch ist zum Beispiel die Umrechnung einiger Ressourcenverbräuche in »globale Hektar« an benötigtem Land, die normierte Maßeinheit des ökologischen Fußabdrucks; <http://www.footprintnetwork.org/de/index.php/GFN/page/methodology/>



Abb. 14: Ökologische Schuldner und Gläubiger (Quelle: Global Footprint Network 2012)³

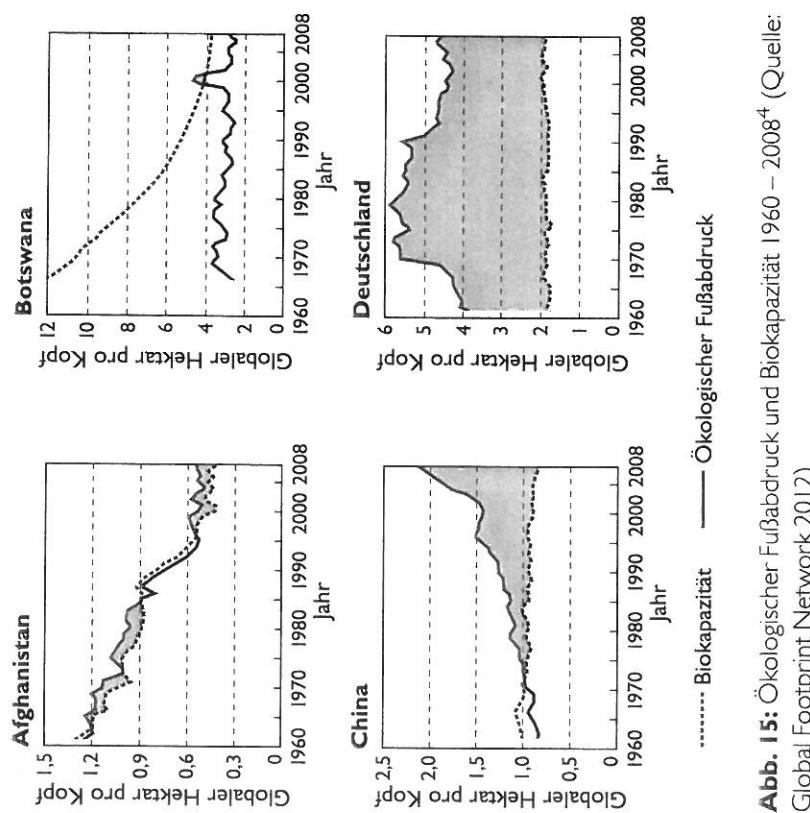


Abb. 15: Ökologischer Fußabdruck und Biokapazität 1960 – 2008⁴ (Quelle: Global Footprint Network 2012)



Abb. 14: Ökologische Schuldner und Gläubiger (Quelle: Global Footprint Network 2012)³

folgen, die zu einer Absenkung der Biokapazität und des ökologischen Fußabdrucks gleichzeitig führen.

Neben den ökologischen Grenzen kommen jedoch weitere Grenzen des Wachstums in Sichtweite, vor allem in den alten Industrieländern. Dazu gehören nicht zuletzt Sättigungsgrenzen in vielen Bereichen des privaten Verbrauchs. Einem deutlichen Hinweis darauf gibt unter anderem ein Vergleich der Entwicklung des BIP und der Zufriedenheit der Menschen. Auch in anderen entwi-

³ http://www.footprintnetwork.org/de/index.php/GFN/page/ecological_debtors_and_creditors/

⁴ http://www.footprintnetwork.org/en/index.php/GFN/page/footprint_for_nations/

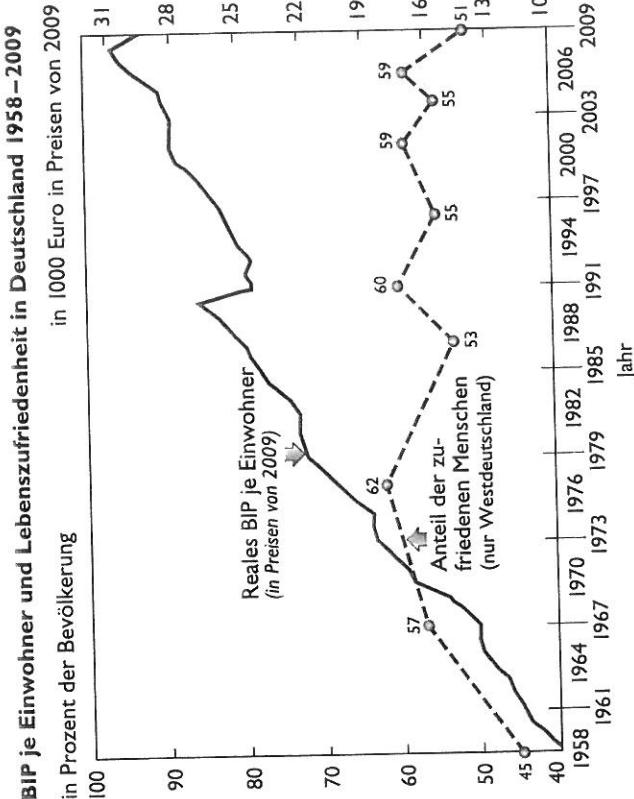


Abb. 16: Messung von Wohlstand – ein Überblick über verschiedene Verfahren (Quelle: Schulte / Butzmann 2010).⁵

ckelten Ländern ähneln die Ergebnisse der Abbildung 16, in der der Zusammenhang zwischen BIP und Lebenszufriedenheit in Westdeutschland dargestellt wird – mit dem deutlichen Resultat, dass ab einem bestimmten Einkommen eine klare Entkopplung der Verbindung zwischen Wirtschaftswachstum und der empfundenen Lebensqualität stattfindet.

Natürlich ist mit dieser Gegenüberstellung nicht gesagt, wie sich die Lebenszufriedenheit entwickelt hätte, wenn das BIP nicht angestiegen wäre; in einer Gesellschaft, in der Wirtschaftswachstum den Status eines unangefochtenen Ziels hat, wäre es keineswegs undenkbar, dass sich das Ausbleiben von Wachstum auch negativ auf die Lebenszufriedenheit auswirken kann.

Dennoch erscheint ein erstes *Zwischenfazit* möglich. Wenn unter Wachstum die Wachstumsrate des BIP verstanden wird, gibt es gleich mehrere überzeugende Gründe dafür, zumindest mittelfristig einen Weg aus dieser Form der Wachstumsorientierung zu beschreiten:

- Eine absolute Entkopplung von Ressourcenverbräuchen und ökologischen Belastungen und dem BIP-Wachstum erscheint zurzeit kaum möglich; eine Fortsetzung des Wachstumsfadens würde die bestehenden ökologischen Probleme daher weiter verschärfen.
- Der Zusammenhang zwischen einem Zuwachs des BIP und einer Steigerung der Lebenszufriedenheit muss in reichen Gesellschaften ab einem bestimmten Einkommenslevel sehr stark angezweifelt werden (vgl. u. a. Gadrey 2011: 97 f.).⁶

Eine Umorientierung gesellschaftlicher Zielsetzungen weg vom traditionellen Wachstumsverständnis erscheint daher ausgesprochen sinnvoll. Wenn es sich bewahrheiten sollte, dass eine Transformation der Gesellschaft hin zu einer nachhaltigen Entwicklung in den Grenzen der ökologischen Tragfähigkeit des Planeten unvereinbar wäre mit den traditionellen Wachstumszielen, würde die Politik allerdings in eine schizophrene Situation geraten: Wer eine so beschriebene Transformation der Gesellschaft in politische Maßnahmen umsetzt, könnte dazu beitragen, das Wirtschaftswachstum zu senken oder gar zu beenden; und solange die Medien und die Öffentlichkeit weiterhin das traditionelle Wirtschaftswachstum undifferenziert als wichtiges Ziel begreifen, gerät die Politik in einen nur schwer aufzulösenden Widerspruch.

⁶ Globale Studien gehen derzeit davon aus, dass ab einem pro-Kopf-Einkommen von 15 000 US-Dollar keine Korrelation mehr zwischen einem weiter steigenden Einkommen und der Lebenszufriedenheit besteht.

Alternativen zum traditionellen Wachstumsverständnis

Eine erste, allerdings bei weitem nicht ausreichende Änderung der Perspektive würde darin bestehen, nicht mehr die Wachstumsraten⁷, sondern die preisbereinigten Absolutbeträge des BIP-Zuwachses in den Blick zu nehmen. Damit würde – als erster Schritt – ein Schleier der mathematischen Illusion gelüftet, denn gleiche Zuwachsrraten über einen längeren Zeitraum verbergen die Tatsache, dass eben immer mehr dazu kommen muss, um diese Rate zu halten. In Abbildung 17 – die mit der Abbildung 12 verglichen werden muss – sind die Wachstumsraten wieder auf die nominalen Zuwächse des BIP zurückgerechnet, preisbereinigt in Milliarden Euro des Jahres 2000. Hier ergibt sich nun ein völlig anderes Bild, denn es wird deutlich, dass die niedrigeren Steigerungsrraten der letzten 20 Jahre im Schnitt nahezu gleich großen Steigerungsbeträgen entsprechen wie in den davor liegenden Jahrzehnten.⁷

Dennoch reicht die Veränderung der Darstellungsform allein nicht aus, um ein geeignetes Maß für die Entwicklung der Wohlfahrt in einem Land zu erhalten, denn im BIP werden für die Wohlfahrt wesentliche Faktoren entweder nicht berücksichtigt oder gehen sogar mit dem »falschen Vorzeichen« in die Berechnung ein. Reparatur- und Anpassungskosten für Umweltschäden, auch bei Verkehrsunfällen, steigern das BIP, wohingegen sie die Wohlfahrt entweder herabsetzen oder lediglich den Status wiederherstellen, der vor der Schädigung der Umwelt oder vor dem Unfall vorhanden war. Nicht berücksichtigt werden hingegen als positive Faktoren, wie bereits erwähnt, die wohlfahrtsstiftenden Leistungen durch Hausarbeit und ehrenamt-

Zuwachs des BIP in Mrd. Euro 1951–2009 (Basis 2000)

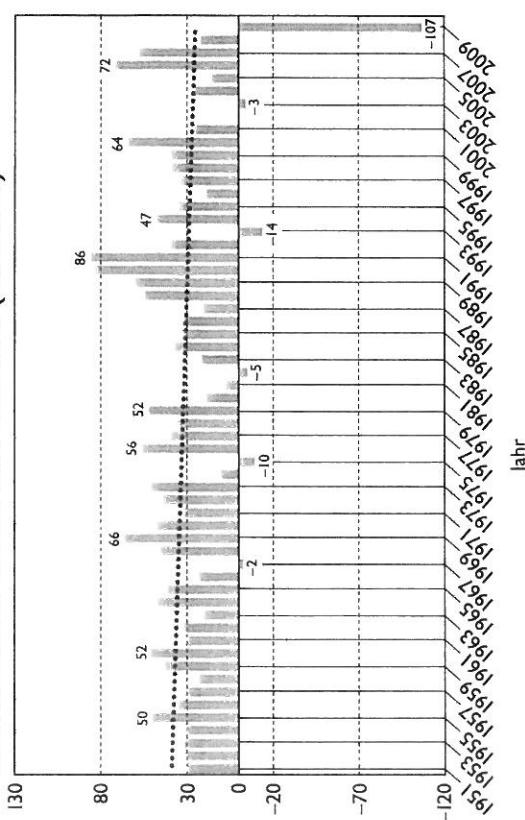
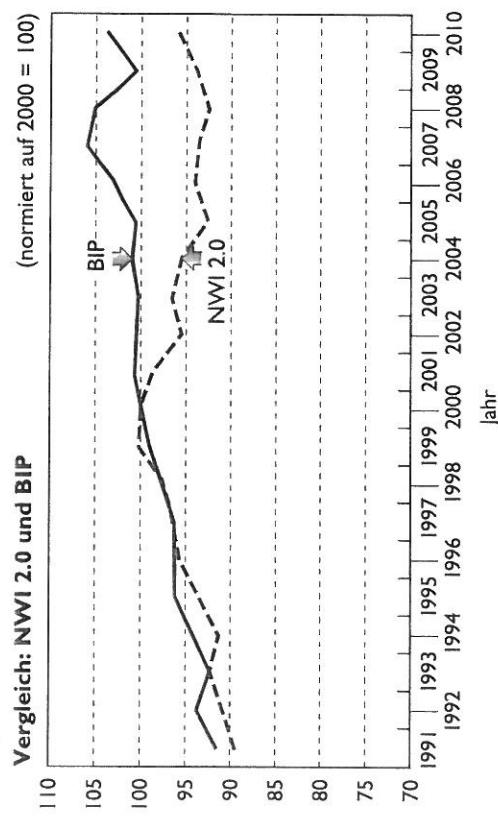


Abb. 17: Eigene Berechnung (Quelle: Statistisches Bundesamt 2012)

liche Tätigkeiten und die wohlfahrtsmindernden Faktoren aller jener Umweltschäden, die nicht ausgeglichen werden, außerdem die Verminderung des Naturkapitals durch den Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen – um nur die wichtigsten Faktoren zu benennen (vgl. Diefenbacher / Zieschank 2011). Der vom Verfasser mit entwickelte und 2009 erstmals vorgelegte Nationale Wohlfahrtsindex (NWI) (Diefenbacher / Zieschank / Rodenhäuser 2009) ist ein Vorschlag einer das BIP ergänzenden, alternativen Wohlfahrtsrechnung; in einer verbesserten Version enthält der »NWI 2.0« die folgenden, in der Tabelle aufgelisteten 20 Komponenten (Diefenbacher et al. 2012):

⁷ Der wissenschaftlichen Redlichkeit halber muss gesagt werden, dass der Verfasser dieses Textes jenen Vorschlag einer Veränderung der Betrachtungsweise seit über einem Jahrzehnt immer wieder unterbreiter – bislang ohne die geringste Wirkung in den Medien, der Politik oder gar in der amtlichen Statistik.

	Index der Einkommensverteilung	
2	Gewichteter privater Konsum	+
3	Wert der Hausarbeit	+
4	Wert der ehrenamtlichen Arbeit	+
5	Öffentliche Ausgaben für Gesundheits- und Bildungswesen	+
6	Kosten und Nutzen dauerhafter Konsumgüter	+ / --
7	Kosten des Pendelverkehrs	--
8	Kosten von Verkehrsunfällen	--
9	Kosten von Kriminalität	--
10	Kosten des Alkohol-, Tabak- und Drogenmissbrauchs	--
11	Gesellschaftliche Ausgaben zur Kompensation von Umweltbelastungen	--
12	Kosten durch Wasserbelastungen	--
13	Kosten durch Schädigungen des Bodens	--
14	Schäden durch Luftverschmutzung	--
15	Schäden durch Lärm	--
16	Verlust bzw. Gewinn durch Biotopflächenänderungen	+ / --
17	Verlust bzw. Gewinn durch die Veränderung von landwirtschaftl. Fläche	+ / --
18	Ersatzkosten für den Verbrauch nicht erneuerbarer Energieressourcen	--
19	Schäden durch Treibhausgase	--
20	Kosten der Nutzung von Atomenergie	--

Tabelle: Komponenten des Nationalen Wohlfahrtsindex 2.0**Abb. 18:** (Quelle: Diefenbacher et al. 2012)

Ein Vergleich des BIP mit dem NWI 2.0 ergibt das in Abbildung 18 dargestellte Bild.

In den Jahren zwischen 1991 und 1999 verlaufen der NWI und das BIP relativ ähnlich, wenngleich es auch in dieser Periode einige Jahre gibt, in denen die Entwicklungslösrichtung der beiden Indizes unterschiedlich ist. Der NWI erreicht im Jahre 1999 dagegen seinen bisherigen Höhepunkt, seitdem ist der NWI tendenziell rückläufig, während das BIP weiter ansteigt. Interessant ist insbesondere die gegenläufige Entwicklung im Krisenjahr 2009, in dem das BIP deutlich sinkt, der NWI jedoch leicht ansteigt.

Bei einer genaueren Analyse des Kurvenverlaufs (ebd., Kap. 3.1.2) wird erkennbar, dass die Entwicklung des NWI in besonderer Weise von bestimmten Komponenten abhängt: dem gewichteten Konsum und damit dem Index der Einkommensverteilung, dem Wert der Hausharbeit sowie den Kosten der Luftverschmutzung, den Ersatzkosten für den Verbrauch nicht erneuerbarer Energieträger und den Kosten der CO₂-Emissionen.

Zwar haben auch die Änderungen anderer Komponenten, insbesondere die Kosten und Nutzen dauerhafter Konsumgüter, die Kriminalitätskosten oder die Kosten der Atomenergienutzung, marklichen Anteil an den Wohlfahrtsgewinnen oder -verlusten.⁸ Für Richtungsänderungen sind in der Regel jedoch Veränderungen der Einkommensverteilung und damit des gewichteten Konsums, der Hausarbeit und der genannten Umweltkosten hauptverantwortlich.

Damit ist ein zweites Zwischenfazit sinnvoll. Wenn der Weg des traditionellen Wirtschaftswachstums, gemessen am BIP, verlassen werden soll, ist es notwendig, dem BIP ein anderes Konzept zur Messung gesellschaftlicher Wohlfahrt gegenüberzustellen; der NWI (2.0) ist ein Angebot, das genutzt werden kann, um zu zeigen, dass Wohlfahrt im 21. Jahrhundert ein angemessenes Entwicklungsziel ist als das BIP-Wachstum. Denn eine Politik, die zum Wachstum des NWI beitragen will, würde sich ganz andere Ziele setzen:

- die Minderung des Einsatzes nicht erneuerbarer Ressourcen, wobei in Ergänzung zu den Verbräuchen auch die Entwicklung der Bestände des natürlichen Kapitals in den Blick kommen muss;
- die Reduktion ökologischer Belastungen, damit auch verbunden eine Betrachtung der Qualität der Naturgüter;
- die Verringerung der Ungleichheit in der Verteilung von Konsumenten, Einkommen und Vermögen;
- die Verbesserung des Zugangs zum Gesundheits- und zum Bildungswesen für alle Bürgerinnen und Bürger;
- die Förderung von informeller Arbeit: Eigenarbeit, Haushalt und ehrenamtlicher Arbeit.

⁸ So haben Änderungen des Saldos von Kosten und Nutzen dauerhafter Konsumgüter in mehreren Jahren erheblichen Anteil an den negativen oder positiven Änderungen des Wohlfahrtsindex. Nur in vier Jahren wirkt die Veränderung allerdings in die Richtung der Gesamtänderung des Index.

Von der Wachstums- zur Postwachstumsgesellschaft? Die Illusion der Green Economy

Die Aufgabe der Transformation der Gesellschaft nach dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung in den Grenzen der ökologischen Tragfähigkeit wäre im Rahmen einer Wachstumspolitik nur vorstellbar, wenn es gelänge, eine absolute Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch zu erreichen. Diese Vorstellung vertreten Verfechter einer »grünen« Wachstumsstrategie zumindest indirekt, wenn sie die Arbeitsplatz schaffenden Wirkungen einer »green economy« betonen. So schätzt eine Studie der International Labour Organization im Rahmen der »Green Jobs Initiative«, dass weltweit in den kommenden zwei Jahrzehnten zwischen 15 und 60 Millionen neue »grüne« Arbeitsplätze entstehen könnten, vorausgesetzt, dass die Politik die »richtigen Signale« setzt (ILO / UNEP 2012).

Der Übergang zu einer »green economy« werde die Hälfte aller Arbeitsplätze in der Welt betreffen: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Energieerzeugung, rohstoffintensive Industrien, Kreislaufwirtschaft, Bau und Transport. Nettozuwächse zwischen 0,5 und 2 Prozent der derzeitigen Beschäftigungszahlen seien vorstellbar. Gestützt wird die Hochrechnung durch zahlreiche positive Beispiele der letzten Jahre: eine Verdoppelung der Zahl der Arbeitsplätze allein zwischen 2006 und 2010 weltweit im Bereich der erneuerbaren Energien, drei Millionen neue Arbeitsplätze im Bereich grüner Technologien in Brasilien, was 7 Prozent der Beschäftigung im formalen Sektor entspricht (ILO Berlin 2012).⁹

Dennoch erscheint der Optimismus, dass die »Begrünung« der Wirtschaft den nächsten Wachstumszyklus für die Wirtschaft insgesamt auslösen werde, kaum zu halten. Ökologische Schäden – etwa die Überfischung der Meere – haben ebenso An-

⁹ <http://www.ilo.org/public/german/region/eurpro/bonn/aktuelles/greenjobs.htm>

beitsplätze gekostet wie die zunehmende Technisierung auch der »grünen« Wirtschaftsbereiche. Vor allem aber ist mit der »green economy« – soll sie nicht nur ein Anhängsel der herkömmlichen Ökonomie sein, sondern den Umbau der Wirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit befördern – auch ein Rückgang anderer, nicht nachhaltiger Branchen und Produktionsstreckenologien verbunden, mit einem entsprechenden Rückgang auch der Beschäftigung in diesen Bereichen. Der Nettoeffekt auf das traditionelle Wirtschaftswachstum scheint hier nicht für eine Belebung der Wachstumsraten zu sprechen, eher im Gegenteil. Und wenn es zu einer Belebung der Wachstumsraten käme, dann ist es sehr wahrscheinlich, dass dann indirekte Rebound-Effekte dafür verantwortlich sind (vgl. Lander 2012).¹⁰

Postwachstum als »Ökonomie der Genügsamkeit«?

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die These diskutiert werden muss, dass eine zukunftsfähige Gesellschaft in den Grenzen der ökologischen Tragfähigkeit dieses Planeten vermutlich auch im Blick auf die Organisation der Erwerbsarbeit nur durch ein Ende der traditionellen Wachstumsstrategie und durch den Übergang in eine Postwachstumsgesellschaft erreicht werden kann. Dies kann nicht allein durch eine Effizienzsteigerung gelingen, vielmehr muss – parallel dazu und nicht nachgeordnet – auch eine »Suffizienzstrategie« in den Blick genommen werden.

In der Wirtschaftstheorie reicht die Debatte um die theoretische Möglichkeit einer stationären Gleichgewichtsökonomie bis ins 19. Jahrhundert zurück (Czech/Tietenberg 2007), und auch die kritische Betrachtung von Konsumstrukturen hat mit den Arbeiten von Thorstein Veblen einen ersten historischen Schwerpunkt (Dowd 1958). Die Lebensstildebatte lässt sich ebenfalls bis Ende des 19. Jahrhunderts zurückverfolgen; sie erreicht einen

¹⁰ <http://www.tni.org/sites/www.tni.org/files/download/green-economy.pdf>

Kulminationspunkt in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts. In den 1970er und 1980er Jahren kommt mit dem Entstehen der ökologischen Ökonomie ein neuer Strang der Diskussion hinzu, der von der Aufgabe der Bewältigung langfristiger Knappheiten ausgeht. Vor allem durch entwicklungspolitische Ansätze werden schließlich dann auch Fragen der internationalen Gerechtigkeit thematisiert.

Teilweise als Schnittmengen dieser Strömungen lassen sich heute »idealtypisch« mindestens die folgenden Einstellungen identifizieren:

- »*Genuss und Nachhaltigkeit*: Hier wird zum Ausdruck gebracht, dass eine bewusste Konzentration auf ein geringeres Verbrauchs niveau, das jedoch die Qualität des Konsums steigert, ein weitaus höheres Maß an Lebensqualität hervorbringen kann (vgl. Jakubowicz 1999).
- »*Voluntary simplicity*: Dieser Ansatz geht davon aus, dass eine mehr oder minder radikale Selbstbegrenzung eigener Bedürfnisse nicht nur die eigene Zufriedenheit steigern kann, sondern auch den »ökologischen Fußabdruck« auf ein Zukunftsfähiges Maß reduzieren könnte (Grigsby 2004).
- »*Weder Armut noch Überfluss*: Diese Begründung der Notwendigkeit von Veränderungen des Lebensstils thematisiert unter dieser Perspektive in erster Linie die Frage der Gerechtigkeit zwischen Arm und Reich – sowohl international als auch innerhalb einzelner Länder (Goudzwaard/de Lange 1990).

Eine »Ökonomie der Genügsamkeit« muss aber nicht allein durch moralische Erwägungen für ein faires Teilen der auf der Erde vorhandenen Ressourcen begründet sein. In vielen Ansätzen geht es darum, einen Entwicklungspfad zu definieren, in dem ein fehlendes Wachstum, das eine Einschränkung der Befriedigung bestimmter materieller Bedürfnisse mit sich bringt, zu einer dennoch steigenden Wohlfahrt führt.

Arbeit in der Postwachstumsgesellschaft

Obwohl die Probleme der Arbeitsgesellschaft in den letzten 40 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland ganz intensiv und in vielen Facetten diskutiert wurden – von der Frage der 1970er Jahre, ob der Gesellschaft die »Arbeit ausgehe«, bis hin zum Leitbild der »guten Arbeit«, die die heutige gewerkschaftliche Diskussion bestimmt –, ist das Thema Arbeit in die Debatte um nachhaltige Entwicklung noch immer wenig integriert (Grunwald/Kopfmüller 2012: 151). Und auch hier besteht in der Wahrnehmung der Arbeit durch die Indikatorensteeme zur Messung nachhaltiger Entwicklung eine ähnliche Kurzsichtigkeit wie jene, die durch die Messung gesellschaftlicher Wohlfahrt durch die Wachstumsrate des BIP angelegt ist: Auch in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung werden zum Thema Arbeit ausschließlich Indikatoren präsentiert, die auf die Erwerbsarbeit bezogen sind (vgl. ebd.: 152). Beide Orientierungen, Wachstum und Erwerbsarbeit, können so aufeinander bezogen sein, dass wichtige Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung ausgeblendet bleiben, mit anderen Worten: Es wäre sinnlos, eine Ökonomie ohne Wachstum ausschließlich mit den traditionellen Erfolgsindikatoren der Erwerbsarbeit messen zu wollen: Schon aus diesem Grund werden bei dem Nationalen Wohlfahrtsindex Hausharbeit und ehrenamtliche Arbeit als wohlfahrtsstiftende Komponenten mit in die Berechnung aufgenommen. Aber es bedarf auch weiterer Indikatoren, anhand deren das Thema Arbeit in der Entwicklung der Ökonomie beurteilt werden kann – und damit ginge es in einer gesellschaftlichen Positionsbestimmung zum Stellenwert der Arbeit in einer Postwachstumsgesellschaft in der Tat zunächst um eine Diskussion und um die Festlegung angemessener Ziele. Dazu sollen abschließend einige Thesen formuliert werden; diese Thesen sollen unter der Perspektive gelesen werden, dass es *zumindest* einer Auseinandersetzung mit diesen Punkten bedarf, wenn die Gesellschaft zu einer neuen Beziehung zur Arbeit finden soll.

1. Zentraler Bestandteil der Debatte um Arbeit in einer Postwachstumsgesellschaft muss eine Erweiterung des Arbeitsbegriffs sein: Nicht nur die bezahlte Erwerbsarbeit darf zählen, sondern alle Formen der Arbeit, von der Eigenarbeit über die Hausarbeit und ehrenamtliche Arbeit bis zur formellen Arbeit. Würde hier eine Gleichbehandlung, zumindest aber eine Annäherung der gesellschaftlichen Wertschätzung dieser verschiedenen Arbeitsformen erreicht, ließe sich eine einsetzige Fixierung auf bezahlte Erwerbsarbeit leichter überwinden. Der formale Arbeitsmarkt verlöre vermutlich die überragende Bedeutung, die er heute hat.
2. Jede Umgestaltung der verschiedenen Arbeitsformen hängt maßgeblich von einer verlässlichen Regelung des Problems der Grundsicherung ab. Eine größere Wahlfreiheit zwischen den verschiedenen Arbeitsformen kann nur erreicht werden, wenn den Bürgerinnen und Bürgern eine solche Grundsicherung auf Dauer zur Verfügung steht; und nur dann wird eine Aufwertung von unangemessenen und belastenden Arbeitstätigkeiten durch entsprechende Bezahlung gelingen. Oder die Umorganisation dieser Arbeitstätigkeiten würde im Angriff genommen werden, wenn sich niemand mehr fände, sie zu übernehmen.
3. Aufgrund der derzeitigen demographischen Entwicklung kann auf absehbare Zeit mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden, dass »der Gesellschaft die Arbeit ausgeht«. Allerdings muss ein gravierendes Problem der Einkommensverteilung gelöst werden: Bei technologischem Fortschritt steigt die Arbeitsproduktivität in der Industrieproduktion, zum Teil auch bei Dienstleistungen wie im Bank- und Versicherungsgewerbe, erheblich an, während etwa im Bereich der personenbezogenen oder haushaltsnahen Dienstleistungen, im Gesundheits- und im Bildungssektor Steigerungen der Arbeitsproduktivität oft nicht möglich, oft aber auch gar nicht sinnvoll wären. Die Lösung dieses Problems kann den »Marktkräften« nicht komplett überlassen werden.

4. Die Ausrichtung von technischem Fortschritt an einem »menschlichen Maß« wurde in diesem Beitrag schon angeprochen. Dass diese Aufgabe nicht einfach lösbar ist, liegt auf der Hand; die Freisetzung zahlloser Kleinbauern in den Ökonomien der mittel- und osteuropäischen Staaten, die nur mit Hilfe elaborierter landwirtschaftlicher Maschinen möglich ist, ist ein Beispiel für eine hochkomplexe Problemstellung. Der Einsatz von Technik entscheidet sich nicht zuletzt an der Frage der Besitzstrukturen bei den Produktionsmitteln. Auch diese Erkenntnis ist alles andere als neu – der Ausbau von Strukturen lokaler und regionaler Ökonomien in Verbindung mit neuen, zum Beispiel genossenschaftlichen Organisationsformen und der Konzentration auf ein regionales Bankensystem könnte hier einen richtigen Weg weisen.
5. Nach wie vor ist die Verbesserung des Zugangs zum Bildungssystem in seinen ganz unterschiedlichen Formen für alle Bürgerinnen und Bürger ein entscheidender Baustein in der Transformation der gesellschaftlichen Arbeit. Die häufig geforderte »Kultur der Selbständigkeit«, die Voraussetzung ist für die angestrebte neue Mischung der Arbeitsformen zwischen formeller und informeller Ökonomie, erfordert ein bestimmtes Bildungsniveau sowie die Fähigkeit zum »lebenslangen Lernen«. Das Nebeneinander von Arbeitslosigkeit und Arbeitskräftemangel ist im heutigen Deutschland zu einem wesentlichen Teil ein Bildungsproblem.

Ein Fazit

Ein Zusammenfügen der hier vorgestellten Argumentationslinien ergibt wenig Überraschendes. Diese Tatsache bedeutet allerdings nicht, dass an der Umsetzung der Lösungsstrategien oder auch nur an der Erstellung von Lösungskonzepten intensiv gearbeitet würde. Viele der Argumentationslinien haben bislang

wenig Wirkung in der politischen und öffentlichen Diskussion. Als Resümee sollen die folgenden Kernthesen formuliert werden:

- Der Weg in eine Postwachstumsgesellschaft kann nur beschritten werden, wenn sich der Konsens einer gesellschaftlichen Zielsetzung von »Wachstum« in »Wohlfahrt« verändert – und diese Zielsetzung dann auch in einem veränderten gesellschaftlichen Monitoring anders gemessen wird, weg von der Vorrangstellung des BIP.
- Ähnliches gilt für die Rolle der Arbeitsgesellschaft in einer Postwachstumsgesellschaft: Auch hier bedarf es einer Veränderung der gesellschaftlichen Zielsetzung weg vom ausschließlichen Vorrang der bezahlten Erwerbsarbeit zu einer flexiblen Vielfalt unterschiedlicher Arbeitsformen, und es bedarf einer Veränderung des gesellschaftlichen Monitorings, weg von der nahezu ausschließlichen Betrachtung der Arbeitslosen- oder der Erwerbsquote.
- Ein existenzsicherndes Grundeinkommen für alle Menschen über deren gesamte Lebenszeit ist Voraussetzung für die Möglichkeit einer anderen Gestaltung der Arbeitswelt.
- Arbeit in einer Postwachstumsgesellschaft wird die Gestalt einer neuen Mischung aus unterschiedlichen Arbeitsformen zwischen formeller und informeller Arbeit annehmen; dies setzt einen ganzheitlichen Begriff der Produktion voraus und damit eine Abkehr von der Betrachtung von Arbeit als reinem Produktionsfaktor.

Politik und Öffentlichkeit der Gesellschaft heute sind weit davon entfernt, diese notwendigen Wegmarken auf dem Weg zu einer Postwachstumsgesellschaft in einem Konsens zu akzeptieren, aus dem die Kraft zur Veränderung politischer Strategien kommen müsste. Hoffnungsvoll stimmen dagegen zahlreiche Projekte, Gruppen und einzelne Menschen, die eine »Ökonomie der Genügsamkeit« in vielfältigen Aktivitäten umsetzen und

ausprobieren. Daraus können Synergieeffekte erwachsen, die dann doch vielleicht schneller als erwartet Handlungsperspektiven verändern können.

Daniel Baumgärtner, Felix Heydel, Bettina Hollstein,
Johannes Schmitt

Mut zur Nachhaltigkeit – Zeit und Raum für Erfahrungen in nachhaltigen und entschleunigten Aktivitäten

Einleitung

Nachhaltigkeit ist heute kein kontroverses Thema mehr. Im Gegenteil: Es gibt kaum andere Leitvorstellungen, die so umstritten von Staaten, Unternehmen und Bürgern geteilt werden, wie die der Nachhaltigkeit. Diese in ihrer ökologischen, sozialen und ökonomischen Dimension zu erreichen zählt zu den Aufgaben, die breite Zustimmung aus allen Bereichen der Gesellschaft erhalten. Auch wenn die konkrete Umsetzung bekennermaßen schwierig ist, scheint es sich dabei um technologische Details zu handeln denn um grundsätzliche Probleme.

Doch dem ist nicht so. Die Ursache für die Probleme bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele besteht darin, dass man sie nicht einfach zusätzlich als konsensfähiges Ziel neben bestehenden Zielen erreichen kann, sondern dass mit dem Ziel der Nachhaltigkeit auch ein Abschied von der bestehenden Wachstums- gesellschaft impliziert ist. Die Notwendigkeit eines solchen grundsätzlichen Paradigmenwechsels zeigen die unterschiedlichen Beiträge in diesem Band mit Verweis auf die Problematik der fehlenden Entkopplung von ökonomischem Wachstum und Umweltzerstörung, Rebound-Effekte usw. Doch mit dieser Feststellung ist zunächst nur ein Problem markiert und damit ein Aus-

Was sind die zentralen Probleme auf dem Weg in eine nachhaltige Entwicklung?

International renommierte Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen diskutieren über die Probleme der Industrienationen auf dem Weg in eine nachhaltige Entwicklung. Und sie zeigen Möglichkeiten auf, wie das Leben aussehen kann – und wie verlockend es ist, wenn es nicht von verschwenderischem Konsum und stetigem Wachstum angetrieben wird.

Mit Beiträgen u.a. von Hans Dietenbacher, Dirk Messner, Wolfgang Ullrich, Uwe Schneidewind und Reinhard Loske.

Harald Welzer ist Sozialpsychologe und Mitbegründer und Direktor von FUTURZWEI. Stiftung Zukunftsfähigkeit.

In den S. Fischer Verlagen sind erschienen: »Opa war kein Nazi. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis« (zus. mit S. Moller und K. Tschuggnall, 2002); »Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden« (2005), »Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird« (2008), »Soldaten. Protokolle vom Kämpfen, Töten und Sterben« (2011), »Der FUTURZWEI-Zukunftsalm扬ach« (2012) und »Selbst denken. Eine Anleitung zum Widerstand« (2013). Seine Bücher sind in 20 Sprachen übersetzt worden.

Klaus Wiegandt ist Stifter und Vorsitzender des »Forums für Verantwortung«, der vorliegende Band geht aus dem 11. Kolloquium der Stiftung hervor.

Zuvor erschienen: »Evolution. Geschichte und Zukunft des Lebens«, »Mensch und Kosmos. Unser Bild des Universums«, »Die kulturellen Werte Europas«, »Die Zukunft der Erde. Was verträgt unser Planet noch?«, »Säkularisierung und die Weltreligionen«, »Die Ursprünge der modernen Welt«, »Die Anfänge des Christentums«, »Evolution und Kultur des Menschen«, »Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung« und »Dimensionen der Zeit«.

Weitere Informationen, auch zu E-Book-Ausgaben, finden Sie bei www.fischerverlage.de

W~~e~~ge aus der Wachstumsgesellschaft

Herausgegeben von Harald Welzer
und Klaus Wiegandt

FISCHER Taschenbuch

Inhalt

Harald Welzer und Klaus Wiegandt Wege aus der Wachstumswelt	7
Bernd Sommer Entkopplung: Sind stetiges Wirtschaftswachstum und eine nachhaltige Entwicklung vereinbar?	12
Harald Welzer Der Abschied vom Wachstum als zivilisatorisches Projekt	35
Klaus Wiegandt Hindernisse auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung	60
Wolfgang Ullrich Konsum als Erziehung zu Nachhaltigkeit	90
Uwe Schneidewind Wandel verstehen – Auf dem Weg zu einer »Transformative Literacy«	115
Reinhard Loske Jenseits der Wachstumsillusion: Das Beispiel Energiewende	141



Originalausgabe
Erschienen bei FISCHER Taschenbuch,
Frankfurt am Main, Juni 2013

© S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main 2013
Grafiken: Peter Palm, Berlin
Satz: pagina GmbH, Tübingen
Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck
Printed in Germany
ISBN 978-3-596-19616-6

Daniel Baumgärtner, Felix Heydel, Bettina Hollstein,

Johannes Schmitt

**Mut zur Nachhaltigkeit – Zeit und Raum für
Erfahrungen in nachhaltigen und entschleunigten
Aktivitäten**

158

Niko Paech

Wege aus der Wachstumsdiktatur

Bibliographie	200
Onlinequellen	221
Über die Autoren	234
	235

181

Es ist inzwischen mehr als vier Jahrzehnte her, dass die vielzitierte, aber selten gelesene Studie »Limits to Growth« von Dennis Meadows und einer Reihe weiterer Autorinnen und Autoren erschienen ist. In einer Zeit hoher Wachstumsraten und Gewinn- und Lohnsteigerungen in den westlichen Gesellschaften wagte dieses Buch die so banale wie schockierende Mitteilung, dass ein endlicher Planet nicht unendlich Material für die Produktion von Gütern und Senken für die anfallenden Emissionen bereithalten kann. Das Buch schlug sofort hohe Wellen, obwohl es, von heute aus betrachtet, alles andere als alarmistisch war. Vielmehr legte es auf dem damals neuesten Stand der Computer- und Szenario-technik mögliche künftige Entwicklungen vor, und zwar in einem Horizont von 100 Jahren.

Dabei richtete sich der Blick der Autoren vor allem auf die exponentiellen Steigerungsverläufe beim Ressourcenverbrauch, bei der Bevölkerungsentwicklung und den anfallenden Müllmengen. Dieser Blick birgt das eigentlich Alarmierende: Dass die Ausbeutung wie die Vermüllung des Planeten keinen linearen Verlauf, sondern einen exponentiellen nehmen würden, ließ die Frage nach dem Zeitraum für ein mögliches Umsteuern wichtig werden. Bei linearen Verläufen kann man relativ gelassen beobachten, wann es zu einem kritischen Maß kommt, und rechtferti-

Onlinequellen

Über die Autoren

- www.beautesse.at/Duft/Damenduftre/pureDKNY-Verbena.html
www.bneportal.de
www.denkwerkzukunft.de
www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VGR/Inlandsprodukt/Inlandsprodukt.html
www.footprintnetwork.org
[www.ilو.org](http://www.ilo.org)
www.maweb.org
www.mips-online.info
www.mutzurnachhaltigkeit.de
www.netzwerk-bdv.de/content/home/index.html
www.new-economics.de
www.postwachstumsoekonomie.org/html/paech_grundzuge_einer_postwach.html
www.pt.rwth-aachen.de/index.php?option=com_content&view=article&id=149&Itemid=49,
www.servicelearning.de
www.umweltbundesamt.de
www.zhw.uni-hamburg.de/pdfs/Schulmeister_Netzgeneration.pdf

Baumgärtner, Daniel, ist Politikwissenschaftler aus Darmstadt und derzeit freiberuflich in der politischen Bildungsarbeit tätig.

Diefenbacher, Hans Prof.Dr., ist apl. Prof. für Volkswirtschaftslehre am Alfred-Weber-Institut der Universität Heidelberg, stellv. Leiter der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e. V./ Institut für interdisziplinäre Forschung (FEST) in Heidelberg.

Heydel, Felix, ist Diplom-Biologe, Doktorand in der Abteilung Ökologie und Geobotanik am Institut für Ökologie, Evolution & Diversität der Universität Frankfurt.

Hollstein, Bettina Dr., ist Volkswirtin, wissenschaftliche Kollegin des Max-Weber-Kollegs für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien der Universität Erfurt und Herausgeberin der Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik (zfwu).

Loske, Reinhard Dr., ist freiberuflicher Berater, u.a. für die GIZ (Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) in Südafrika und Libyen und die GLS-Bank und war bis 2011 Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa der Freien Hansestadt Bremen.

Paech, Niko, apl. Prof. Dr., vertritt den Lehrstuhl für Produktion und Umwelt an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und ist Vorsitzender der Vereinigung für Ökologische Ökonomie (VÖÖ).

Schmitt, Johannes, ist Lehramtsreferendar und studierte Englisch und Geographie.

Schniedewind, Uwe, Prof. Dr., ist Präsident und wissenschaftlicher Geschäftsführer der Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie GmbH und Sachverständiger der Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft« des Deutschen Bundestags (2011–2013).

Sommer, Bernd, Dr., ist Soziologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Norbert Elias Center für Transformationsdesign & -forschung (NEC) der Universität Flensburg.

Ullrich, Wolfgang, Prof. Dr., ist Professor für Kunstwissenschaft und Mediänenphilosophie an der Hochschule für Gestaltung Karlsruhe und ist freiberuflich tätig als Autor, Dozent und Unternehmensberater.

Welzer, Harald, Prof. Dr., ist Direktor von FUTURZWEI. Stiftung Zukunftsfähigkeit, Professor für Transformationsdesign an der Universität Flensburg und lehrt u. a. an der Universität St. Gallen.

Wiegandt, Klaus, ist Stifter und Vorstand des »Forums für Verantwortung«.